Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 2 Mk. 75 Pfg.
Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Putz- und Mode-Magazin
Hoflieferant J. M. Korschatz Gegründet 1843
6 Altmarkt 6 — 6 Altmarkt 6
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Hugo Borack
Hoflieferant
Seestr. 4, Ecke Zahnsg.
Neuheiten:
Damen-Oberhemden,
Damen-Cravatten,
Damen-Unterröcke.
Strümpfe u. Unterzeuge.
Imitirte schwed. Handschuhe.

Grösstes Lager!
Garten-Schläuche
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Gummi-Fabrik
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 16 Telephon 189.

Vorzüglich zum Gummischläuche mit Ventil
E. Böhme's rotner Gartenschlauch.
Telephon I. 3844.
C. Böhme, 13 Ferdinandstr. Dresden-A.

Grösstes und feinstes Spielwaaren-Haus
32 Pragerstr. **B. A. Müller** Pragerstr. 32
Lawn-Tennis-Ausstellung.
Fabrik-Lager: Richter's Anker-Steinbaukasten.

Sonnenschirme aparte Neuheiten **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Pragerstrasse 46. Annenstrasse 9.

Nr. 115. Spiegel: Flottenvorlage. Landtag. Gartenbau-Ausstellung. Alldeutscher Verband. Gerichtsverhandlungen. Bezirksausschußsitzung. Emil Richter'sche Kunsthandlung. | Muthmaßl. Witterung: Trübe, regnerisch. | **Sonnabend, 28. April 1900.**

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags hat nach Erledigung der allgemeinen Berathung der Flotten-Novelle die erste provisorische Abstimmung in der besonderen Berathung über den grundlegenden § 1 der Novelle vorgenommen. Der § 1 lautet: „Der in dem Gesetz betr. die Deutsche Flotte vom 10. April 1898 festgesetzte Schiffsbestand wird vermehrt um: a) verwerthungsbereit: 1 Flottenflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen, 2 große Kreuzer und 8 kleine Kreuzer als Aufklärungsschiffe der heimischen Schlachtflotte, 5 große Kreuzer und 5 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; b) als Materialreserve: 2 Linienschiffe, 1 großer Kreuzer und 2 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; vermindert um 2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen. 2. Auf diese Vermehrung kommen die 8 Küstenpanzerschiffe bis zu ihrem Ersatz als Linienschiffe in Anrechnung." Das Ergebniß der Abstimmung war die mit 20 gegen 8 Stimmen erfolgte Annahme des Centrums-Antrages, in dem die geforderte **Vermehrung der heimischen Schlachtflotte voll bewilligt**, dagegen die Vermehrung der **Auslandsflotte abgelehnt** und die Vermehrung der Materialreserve herabgemindert wird. Ein weiterer folgenschwerer Beschluß ist die Erledigung der Deckungsfrage durch die Annahme verschiedener Steuererhöhungen in Verbindung mit einer ergänzenden, den Massenverbrauch nicht belastenden Reichssteuer. Hiernach scheinen die Mehrkosten für die Flotten-Novelle in voller Höhe aus neuen Steuern gewonnen werden zu sollen. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Beschlüsse der Budgetkommission der innerpolitischen Gesammtlage eine erhebliche Verschärfung und eine gefährliche Neigung zu Verwickelungen zuführen, die in ihren Folgen unter Umständen sehr weitgreifend werden können, wenn nicht „inzwischen etwas geschieht", was eine Verständigung zwischen der Regierung und der Mehrheit im Plenum des Reichstages ermöglicht.

Daß die Sache nicht ganz glatt ablaufen würde, ließ sich nach dem Charakter der allgemeinen Berathung mit ziemlicher Sicherheit voraussehen. Der Eindruck, den die allgemeine Berathung in der Kommission gemacht hat, wird von allen Seiten übereinstimmend als „nicht günstig" gekennzeichnet. Mit dem satten, höhnischen Behagen, das ihm eigen ist, wenn der Regierung etwas schief geht, stellt Herr Richter in seinem Leiborgan diese Thatsache fest und erklärt, die Flotte habe sich keineswegs derart einem sicheren Hafen genähert, wie man es während der Osterferien von offiziöser Seite darzustellen beliebte. Die Verhandlungen in der Kommission dürften sich nach der Meinung des freisinnigen Führers noch sehr in die Länge ziehen und es sei wenig wahrscheinlich, daß die Vorlage noch vor Pfingsten an das Plenum gelange. So viel Gründe gegen die Flottenvorlage, wie jetzt in der allgemeinen Kommissionsberathung, seien überhaupt noch nicht vorgebracht worden, und zwar bezeichnender Weise von Leitern nicht blos des Centrums, sondern auch der konservativen und der nationalliberalen Partei.

Von dem durch Herrn Richter gezeichneten Situationsbilde wird man einen Theil der Farbe, der gemäß der oppositionellen Gewohnheit jenes Abgeordneten zu dick aufgetragen ist, hinweg nehmen müssen, um zu einer der Wirklichkeit entsprechenden Anschauung zu gelangen. Immerhin bleibt auch so noch des Unerfreulichen genug zurück, um den nationalgesinnten Kreisen, die grundsätzlich mit der Verstärkung der deutschen Seemacht einverstanden sind, Anlaß zum Befremden und zu der Frage zu geben, in welcher Richtung die Schuld an diesem Mißerfolge zu suchen ist. Die Antwort darauf ergeben die Kommissionsverhandlungen selbst in deutlicher, nicht mißzuverstehender Form: die Regierung ist es gewesen, die sich in der Art und Weise der zu Gunsten der Vorlage betriebenen Agitation von Anfang an dermaßen verfahren hat, daß gerade die führenden landwirthschaftlichen Kreise nicht etwa blos in Preußen, sondern im ganzen Reiche im höchsten Grade mißtrauisch und kopfscheu geworden sind. Die hervorragenden landwirthschaftlichen Vertreter sowohl der beiden großen nationalen Parteien wie des Centrums gaben dieser Stimmung unverblümt Ausdruck. Der Abg. Müller-Fulda erklärte Namens des Centrums: Im ganzen Lande herrsche große Aufregung gegen die Flottenvorlage in Folge der ungeschickten Flotten-Agitation. Obgleich der Bauer sein Korn schon jetzt nur zu schlechten Preisen los werde, stelle man es so dar, als ob eine Flotte nöthig sei zur Sicherung des täglichen Brotes auf dem Wege der Einfuhr ausländischen Getreides. Die Existenz der Landwirthschaft, eine eminent nationale Frage, werde durch die Flottenvorlage gefährdet, weil diese ihr, wie Herr v. Wangenheim, einer der berufensten fachmännischen Vertreter, erklärt habe, die Arbeiter entziehe. Der konservative Abgeordnete Graf Klinkowström hat während der Osterpause „zu seinem großen Erstaunen" die Erfahrung gemacht, daß die Stimmung der Landwirthschaft der Flottenvorlage sehr wenig günstig sei. Die bisherige Flotten-Agitation habe weit mehr geschadet als genützt. „Die durch die Flotte bedingte Politik kommt Handel und Industrie zu Gute, auf die Landwirthschaft aber wird noch weniger als bisher Rücksicht genommen. Wir wissen, die Landwirthschaft wird keinen Vortheil von der Flotte haben, aber wie sollen wenigstens die Nachtheile ausgeglichen werden?" Der nationalliberale Abgeordnete Graf Oriola endlich stellte fest, daß auch in Süddeutschland das Gebahren der Flotten-Agitatoren „auf das Allerungünstigste" gewirkt habe. Auch dort seien ernste Bedenken der Landwirthschaft gegen die Vorlage vorhanden. Der Bau der neuen Schiffe werde die Industriearbeiter in verstärktem Maße anziehen und dadurch die Leutenoth der Landwirthschaft vergrößern.

Ueber die Mittel, durch welche die in landwirthschaftlichen Kreisen herrschende Unruhe zu beschwichtigen sei, waren die drei Mehrheitsparteien sich ebenso einig wie über die Thatsache der zur Zeit bestehenden starken Unzufriedenheit der deutschen Landwirthe. Nur ein Weg kann hier sicher zum Ziele führen, und das ist die bündige Verpflichtung der Regierung auf eine angemessene **Erhöhung der Getreidezölle** bei der demnächstigen Neuordnung unserer Handelsbeziehungen. Mit dieser Forderung rückten die Redner des Centrums, der Konservativen und der Nationalliberalen dem Regierungsvertreter Staatssekretär **v. Thielmann** unbarmherzig auf den Leib und suchten ihm mit immer neuen wuchtigen Gründen eine klipp und klare Stellungnahme abzunöthigen. Der Abgeordnete Müller-Fulda erklärte kategorisch: „Wir müssen erwarten, daß die Regierung sich auf unsere Frage äußert. Die Landwirthschaft will nicht das Karnickel sein, das bei den nächsten Handelsverträgen abgeschlachtet werden soll." Ferner meinte derselbe Abgeordnete eindringlich, die Regierung möge doch erwägen, falls keine Verständigung über die Flottenvorlage zu Stande komme, wie ihre Zurückhaltung in der Frage der Zollerhöhung bei den Neuwahlen wirken werde. Der Abgeordnete Gröber verlangte eine Regierungserklärung für die Erhöhung der Getreidezölle „ganz bestimmt und formell". Die Regierung gebe sich einer großen Täuschung hin, wenn sie es nicht für nöthig halte, etwas zu thun, und glaube, die Flottenvorlage werde ganz von selbst zu Stande kommen. Alle weiteren konservativen und nationalliberalen Redner stellten sich genau auf denselben Standpunkt und forderten unter der Autorität des Reichskanzlers eine feste grundsätzliche Zusage der Regierung (eine Bindung im Einzelnen wurde ausdrücklich ausgeschlossen) in dem Sinne, daß bei den nächsten Handelsverträgen ein angemessener Schutzzoll für die Landwirthschaft in feste und unabänderliche Aussicht genommen sei. Herr v. Thielmann wand und drehte sich unter den Händen der ihn bestürmenden Abgeordneten „wie ein geölter Aal" und ließ sich von keinem festhalten, verpflichtete sich zu gar nichts. Nur einige ganz allgemein gehaltene, unverbindliche Redensarten flossen ihm von den Lippen; von irgend welcher festen Zusage war auch nicht annähernd die Rede. Trotzdem wird die Regierung Farbe bekennen müssen, und zwar sehr bald, wenn sie nicht den Vorwurf auf sich laden will, daß sie ihrerseits Alles gethan hat, um die Chancen der Flottenvorlage ungünstig zu beeinflussen.

Die schutzzöllnerische Mehrheit des Reichstags besteht unerbittlich fest auf ihrem Schein einer angemessenen Erhöhung der Zölle auf landwirthschaftliche Erzeugnisse bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge. Darüber ist kein Zweifel mehr möglich und der Kampf um diese Lebensbedingung der Landwirthschaft wird bis zum bitteren Ende durchgeführt werden. Mit bloßer „Reserve und Gelassenheit" kommt die Regierung angesichts der grimmigen Entschlossenheit, von der in der vorliegenden Frage die gesammte Landwirthschaft beseelt ist, keineswegs durch. Wenn es daher der Regierung ernstlich darum zu thun ist, die in landwirthschaftlichen Kreisen herrschende Mißstimmung gegen die Flottenvorlage zu beseitigen, so wird ihr nichts Anderes übrig bleiben, als umgehend ihren förmlichen Willen zu einer angemessenen Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle kund zu thun, und zwar mittelst einer Erklärung, die mit der Autorität der Gesammtheit der verbündeten Regierungen abgestempelt ist. Auch in diesem Punkte räth unsere sächsische „Leipziger Zeitung", ebenso wie jüngst in der Pökelfleischfrage, der Berliner Regierung zur Nachgiebigkeit.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. April.

* **Donaueschingen.** Der Kaiser ist in Begleitung des Prinzen Max von Baden heute Nachmittag 6 Uhr hier eingetroffen und von dem Fürsten von Fürstenberg und den Spitzen der Behörden am Bahnhofe empfangen worden.

* **Wien.** Der Reichsrath ist auf den 8. Mai, die Delegationen sind auf den 12. Mai einberufen.

Berlin. Reichstag. Abg. **Deinhard** (nl.) begründet die von ihm eingebrachte Interpellation: bis zu welchem Zeitpunkt ist die Vorlage betreffend Abänderung des bestehenden Weingesetzes im Reichstage zu erwarten? Die Weinbauer befänden sich in einer Nothlage, die Produktionskosten seien gestiegen, die Weinpreise gefallen. Die Furcht vor der Kellerkontrole sei übertrieben, eine gewisse Kontrole zum Schutze gegen Verfälschungen sei unerläßlich gerade im Interesse des deutschen Weinhandels, der jetzt vielfach Mißtrauen namentlich im Auslande begegnet. Staatssekretär v. **Podbielski**: Der frühere Entwurf ist bei einem Theile der verbündeten Regierungen nicht unerheblichen und auch nicht unberechtigten Bedenken begegnet; es ist deshalb ein neuer Entwurf, der gleichsam den Charakter eines Nothgesetzes trägt, ausgearbeitet worden, derselbe ist zunächst dem preußischen Staatsministerium vorgelegt worden, doch unterliegt er noch der Berathung, schon jetzt ist aber bei der preußischen wie bei anderen Regierungen das Bedenken entstanden, ob es richtig sei, den Reichstag noch in dieser Tagung mit neuen Aufgaben zu belasten. Wenn das soeben erst geschehen ist in Bezug auf das Seuchengesetz und die ostafrikanische Linie, so nöthigten dazu dringende Verhältnisse. Das Nahrungsmittelgesetz und das bestehende Weingesetz würden schon manche Handhabe wegen Verfälschungen bieten, wenn eine Vorbedingung erfüllt wäre: wenn es eine ausreichende Anzahl unabhängiger, technisch gebildeter Nahrungsmittelchemiker gäbe. Diese Frage liege aber auf dem Gebiete der einzelstaatlichen Gesetzgebung; an einer ausreichenden Zahl solcher Chemiker fehle es eben leider in den einzelnen Staaten. Das Richtigste sei deshalb die Verschiebung dieser Frage bis zur nächsten Tagung. Auf Antrag Bassermann wird in eine Besprechung der Interpellation über das **Weingesetz** eingetreten. Abg. **Fitz** (nl.) wünscht ein Verbot der Kunstweine, ferner Festsetzung eines Maximums für den Zuckerzusatz und tritt den gegen die Kellerkontrole so vielfach erhobenen Bedenken entgegen; sie würde nicht so schlimm sein, als man sie sich vorstelle. Zur Etikettenzwang sei man in der Pfalz nicht, denn Pfälzer Weine, die von Produzenten zwar als solche verkauft würden, seien nicht immer unvermischt mit anderen Weinen mundrecht. Abg. **Schmidt**-Elberfeld (freis. Volksp.): Er gehöre nicht zu den unbedingten Kellerpuristen. Ein Zusatz von Wasser und Zucker müsse in beschränktem Maße gestattet sein, um verschiedene Weine zu verbessern. Zu empfehlen wäre es vielleicht, daß die Verbesserung im Keller mit Wasser und Zucker nur statthaft sei unter Aufsicht eines Staatsbeamten. Abg. **Wallenborn** (Centr.) verlangt ein Verbot der gewerbsmäßigen Herstellung von Kunstweinen und beklagt, daß die Revision des Weingesetzes so lange habe auf sich warten lassen. Abg. **Röticke**-Kaiserslautern (B. d. L.): Ohne Kellerkontrole fehle jede Garantie gegen Verfälschung. Auf der Tagesordnung stehe die Frage schon seit acht Jahren; es wäre doch wohl Zeit gewesen, einen Entwurf fertig zu stellen. Auch hier zeige sich wiederum eine übertriebene Rücksichtnahme auf den Handel bei mangelnder Rücksicht auf den Produzenten. Abg. **Paasche** (nl.) hält dem Staatssekretär entgegen, wenn das Centrum bei dem Flottengesetz auf Lösung der Deckungsfrage bestehe, werde diese Session sich noch so in die Länge ziehen, daß es sehr wohl möglich sei, inzwischen noch ein Weingesetz durchzuberathen. Hiermit endet die Besprechung. — Es folgen **Petitionen**. Zunächst eine solche betreffend die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Berg- und Hüttenwerken, sowie obligatorische Einsetzung von Arbeiterausschüssen. Die Kommission beantragt, die Petition in Bezug auf diese beiden Punkte der Regierung als Material zu überweisen, über zwei andere minder wesentliche Punkte der Petition (betreffend Arbeiterentlassungen und betreffend gewisse Vorschriften des Invaliditätsversicherungsgesetzes) beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung. Abg. **Sachse** (Soz.) empfiehlt die Forderungen der Petitionen unter Hinweis darauf, daß auch die bayerische Zweite Kammer dem achtstündigen Arbeitstage in Bergwerken zugestimmt habe. Redner verbreitet sich ausführlich über angebliche maßlose Inanspruchnahme der Arbeitskraft der Arbeiter in Gruben- und Hüttenwerken. Sächs. Bevollmächtigter Geh. Rath Dr. **Fischer** weist die Angriffe des Vorredners auf die sächsischen Bergbehörden sehr entschieden zurück und theilt dabei mit, ihm sei berichtet worden, der Vorredner habe den Zwickauer Streik hervorgerufen. (Widerspruch links.) Wenn behauptet worden sei, die sächsische Regierung sei blos deshalb gegen die Streikenden vorgegangen, weil sie Zwickauer Kohlenaktien besitze, deren Entwerthung sie befürchtet habe, so habe er dafür die tiefste Verachtung. Er meine damit nicht den Abg. Stolle, sondern dessen Behauptung. (Unruhe links.) Abg. **Hilbeck** (nl.) spricht sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aus. Durch eine solche würde die Leutenoth, auch die auf dem Lande, nur noch mehr gesteigert werden. Abg. **v. Stumm** (Reichsp.) widerspricht der achtstündigen Arbeitszeit. Bei dieser würden sich die Arbeiter erst recht ruiniren, denn selbstverständlich müßte alsdann die Arbeit eine viel konzentrirtere und ununterbrochene sein. Abg. **Hitze** (Centr.) weist darauf hin, daß die vorliegende Petition den achtstündigen Arbeitstag nicht nur für die Bergarbeiter, sondern auch für die Hüttenarbeiter fordere. Abg. **Thiele** (Soz.): Glaubt denn Herr Hitze, daß die Arbeit in den Hütten um so viel leichter sei? Redner tritt für den achtstündigen Arbeitstag ein und kommt dann auf seinen Zwist mit dem Abg. Arendt wegen der Zustände im Mansfelder Bergbau zurück. Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.) weist die Angriffe des Vorredners zurück. Abg. **Stolle** (Soz.) erklärt es für unwahr, daß der Abg. Sachse Urheber des sächsischen Kohlenarbeiterstreiks sei und greift dann die sächsischen Behörden an, welche die Interessen der Werkbesitzer und der Kapitalisten vertreten hätten. Die Ausweisungsmaßregeln seien ergangen, ohne daß irgendwelche Unruhen vorgekommen wären, es habe eine wahre Kirchhofsstille geherrscht; aber es gebe in Sachsen eine Partei, die es gern sehe, wenn der Säbel haut und die Flinte schießt. Sächs. Bundesbevollmächtigter Dr. **Fischer** weist die Behauptung zurück, daß es in Sachsen zweierlei Recht gebe. Er theilt Auszüge aus den Reden Sachse's mit, in welchem dieser zum Streik anreizt. (Die Sozialdemokraten begleiten die Citate mit den Rufen: Sehr richtig!) Damit sei doch thatsächlich zum Ausstand gereizt worden. Redner rechtfertigt die Versammlungsverbote mit der Erregung, die bei dieser wie bei jeder Streikbewegung herrsche. In solchen erregten Zeiten sei es erklärlich, wenn die Beamten etwas ängstlich seien und eher etwas mehr als zu wenig thäten. Ob sächsische Beamte Kohlenaktien besäßen, wie Stolle behaupte, wisse er ebenso wenig wie Stolle. Selbst wenn Herr Stolle das behaupte und den Schluß ziehe, daß wegen dieses Aktienbesitzes die Beamten die Partei der Unternehmer ergriffen hätten, so bleibe er dabei, daß dies eine ganz unberechtigte Behauptung sei. — Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Kommission angenommen. Dienstag Wahlprüfungen. Am Mittwoch sollen die Berathungen der Novelle zu dem Unfallversicherungsgesetz beginnen.

Berlin. In der **Budgetkommission** des Reichstags erklärte Staatssekretär Tirpitz, er sei nicht autorisirt, heute zu den Centrumsanträgen bestimmte Stellung zu nehmen. Der bisherige Verlauf der Debatte sei gestern im Bundesrathe gestreift worden. Die allgemeine Meinung daselbst sei gewesen, daß man zwar auf die Auslandsschiffe nicht verzichten könne, daß dagegen die Möglichkeit in ernste Erwägung gezogen worden sei, die gesetzliche Beschlußfassung über diesen Gegenstand zunächst zu vertagen. Diese Erörterung sei indeß zunächst ganz unverbindlich gewesen. Der Antrag bezüglich der Zusammenschweißung werde abgesehen davon eine brauchbare Unterlage für die weiteren Verhandlungen bieten. Die Verlängerung der Wahlperiode auf 17 Jahre sei acceptabel, ebenso der Vorschlag bezüglich der Ersatzbauten. Die Verminderung des Ersatzbaues von kleinen Kreuzern und 13 Schiffen im Hinblick auf die Möglichkeit der Verlängerung der Lebensdauer dieser Schiffe sei zu bedauern. Man habe die Ersatzbauten dieser Schiffe im Programm nur hinausgeschoben, um zu einem gleichmäßigen Bauplan zu gelangen. Die bisherigen Schiffe seien nicht länger als 15 Jahre brauchbar gewesen; wie die neuen Schiffe sich verhalten würden, sei noch nicht abzusehen, denn die technischen Aenderungen, namentlich hinsichtlich der Schiffsgeschwindigkeit, machten es fraglich, ob die Schiffe 20 Jahre lang voll brauchbar sein würden. Zur Deckungsfrage erklärte Staatssekretär Thielmann, er könne den Effekt des Centrumsantrags noch nicht übersehen, sondern sich nur im Allgemeinen äußern. Zu Punkt 1 seien die Vorarbeiten so weit gediehen, daß man wohl eine bezügliche

Friedrich & Glöckner
Detailverkauf: Dresden-A., -Neust., -Friedrichst., Pieschen u. Löbtau.
streichf. Oelfarben, Lacke Firnisse als Spezialität.